

„GESELLSCHAFT BRAUCHT ORIENTIERUNG“

Thesen und Gedanken des Werkes von Hermann Kues
mit besonderer Gültigkeit für Afrika

Oktober 2011

20 Kernthesen

1. Politik muss auf einer Wertegrundlage betrieben werden. Wertbezogene Politik bedeutet, die Würde des Menschen, Solidarität und Gerechtigkeit an höchste Stelle zu stellen. Beispielsweise bieten die fünf Prinzipien der christlichen Sozialethik (Personalität, Gemeinwohlverpflichtung, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit) eine solche Grundlage für eine Politik aus christlicher Verantwortung heraus.
2. Im Kern geht es darum, die gesellschaftlichen Probleme durch die richtige Balance von Solidarität und Freiheit, von Eigenverantwortung und Verantwortung des Sozialstaats zu lösen.
3. Der Markt alleine schafft keine Solidarität. Es braucht verbindliche Regeln. Nur dann ist Wohlstand für alle möglich.
4. Darüber hinaus brauchen der Markt und unsere ganze Gesellschaft Werte, die uns Orientierung geben. Was wir heute tun (oder unterlassen), bestimmt nicht nur unsere eigenen Lebensverhältnisse, sondern die Zukunft unserer Kinder und deren Kinder. Unsere Verantwortung reicht viel weiter, als das jemals in der Menschheitsgeschichte der Fall war.
5. Die großen Herausforderungen der globalisierten Welt, des technologischen und des demografischen Wandels lassen sich dann bewältigen, wenn alle Strategien daran gemessen werden, ob sie die Würde des Individuums achten und seine Entfaltungsmöglichkeiten erweitern.
6. Der Leitgedanke der christlichen Sozialethik ist der Vorrang des Gemeinwohls vor dem Einzelinteresse. Die Maßlosigkeit Einzelner ist Gift für ein Klima der Subsidiarität und des Gemeinsinns.
7. Das Subsidiaritätsprinzip: Alles, was von den Menschen am Ort entschieden und umgesetzt werden kann, muss – um der Würde der Menschen willen – tatsächlich auch von ihnen entschieden und gemacht werden. Es gilt der Vorrang der kleinen

Einheit vor der großen Einheit: Familie, Nachbarschaft, Gemeinschaften sind für den Zusammenhalt der Gesellschaft unabdingbar.

8. Caritas – die Zuwendung zum Anderen- wird immer nötig sein, auch in der gerechtesten Gesellschaft. Es gibt keine gerechte Staatsordnung, die den Dienst der Caritas überflüssig machen könnte.
9. Was man gemeinhin Glück zu nennen pflegt, besteht nicht an erster Stelle im Empfang von Renten und sonstigen Geldzuwendungen, sondern darin, seine Fähigkeiten in Leistungen umsetzen zu können und sich selbst dadurch eigenverantwortlich zu verwirklichen. Wir müssen die Menschen befähigen und ermutigen, ihr Leben selbstverantwortlich und selbstbestimmt in die Hand zu nehmen.
10. Solidarität bedeutet vor allem, dass sich alle für alle verantwortlich fühlen. Niemand darf zurückgelassen werden. Jeder muss eine faire Chance erhalten, seine Talente zu entfalten und das Beste aus sich zu machen.
11. Zugleich müssen Menschen erfahren, dass eigene Leistungen sie auch tatsächlich weiterbringen. Das kann schon im Kindergarten und in der Schule anfangen, wenn Erzieher/-innen und Lehrkräfte Talente entdecken und fördern, wenn sie Zeit mitbringen für das einzelne Kind und seine individuelle Förderung. Es darf auch schon frühzeitig Wettbewerb geben. Die zentrale Botschaft lautet: „Du kannst etwas aus Dir machen!“
12. Die Marktwirtschaft hat sich als das einzige System erwiesen, das die Versorgung mit hochwertigen Gütern zu günstigen Preisen ermöglicht und zugleich einen Mehrwert für den sozialen Ausgleich zwischen Reicheren und Ärmeren schaffen kann. Die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft ist: Die positiven Kräfte des Marktes fördern, zugleich den Schutz der sozial Schwächeren garantieren und dazu Rahmenbedingungen für einen fairen Ausgleich schaffen. Deshalb muss das freie Spiel der Kräfte reguliert werden.
13. Regeln dienen dazu, dass nicht der Skrupelloseste am Ende die Nase vorn hat. Betrug, Korruption, Übervorteilung, Kundentäuschung, Insidergeschäfte, Ausbeutung und Ausspähung von Arbeitnehmern müssen sanktioniert werden.
14. Beteiligungsgerechtigkeit bedeutet, dass die weniger starken Marktteilnehmer faire Chancen erhalten und dass nachhaltig zugunsten zukünftiger Generationen gewirtschaftet wird. Beides ist nicht nur eine staatliche, sondern auch eine unternehmerische Aufgabe.
15. Der Mensch ist Maßstab politischen Handels. Dies gilt auch für Unternehmen. Wirtschaftliche Entwicklung hat sich am Wohl des Menschen zu orientieren. Des-

halb gehört zum Unternehmertum soziale Verantwortung, Vertrauen, Sorge für andere.

16. Wir müssen auf die Kräfte der Menschen vertrauen. Mitarbeiter, die es im Alltag, in der Politik, in der Freizeit gewohnt sind, mitzureden und sich zu beteiligen, werden sich sehr viel positiver am Arbeitsplatz engagieren, wenn sie dort gleiche Möglichkeiten und gleiche Transparenz finden.
17. Arbeit muss human gestaltet sein und zu unserer Kultur passen. Arbeitnehmer brauchen Handlungs- und Entscheidungsspielräume, um ein Gefühl der Verantwortung für ihre Tätigkeit entwickeln zu können.
18. Wir müssen uns fragen: Welche Rahmenbedingungen sind für die internationalen Finanzmärkte notwendig und was kann getan werden, damit möglichst viele Menschen und Staaten die Vorteile der weltweiten Arbeitsteilung und der internationalen Finanzmärkte nutzen können? Wie können Regeln aussehen, die verhindern, dass immer wieder die ärmsten Menschen in den ärmsten Ländern der Welt Hauptleidtragende von Finanzmarktkrisen sind? Wie können Regeln durchgesetzt werden, die die Effizienz freier Kapitalströme nutzbar machen und Gerechtigkeit weltweit fördern?
19. Der Zugang zu Bildung ist ein zentrales Problem sozialer Gerechtigkeit, letztlich ein Problem der Menschenwürde. Allerdings bedeutet Bildung immer auch Selbst-Bildung. Letztlich muss sich jeder selbst anstrengen. Von Erziehern und Lehrern wird sie allenfalls angeregt und begünstigt. Jede Bildungslaufbahn beginnt im Elternhaus. Der Einfluss der Eltern auf die kindliche Entwicklung kann kaum überschätzt werden.
20. Die Mittel sind vorhanden, um ein menschenwürdiges Dasein überall auf der Erde zu ermöglichen und zugleich Lebensgrundlage für die zukünftigen Generationen zu schaffen. Was wir brauchen, ist der Wille, sie zum Nutzen der Armen von heute einzusetzen, und das heißt, Mittel umzuverteilen (*Anmerkung: d.h. nicht nur von Europa nach Afrika, sondern z.B. im Senegal auch von nationaler auf dezentrale Ebene*).

Im Detail

Werteorientiertes politisches Handeln

- Politik muss auf einer Wertegrundlage betrieben werden. Wertbezogene Politik bedeutet, die Würde des Menschen, Solidarität und Gerechtigkeit an höchste Stelle zu stellen.
- Niemand darf zurückgelassen werden. Jeder muss die Chance haben, seine Talente zu entwickeln und das Beste aus sich zu machen.
- Wer Probleme lösen will, muss auf Andersdenkende zugehen und sie überzeugen.
- Menschen sind für gute Vorschläge und überzeugende Argumente von Natur aus aufgeschlossen. Diese Überzeugungsarbeit darf sich kein Politiker ersparen wollen.
- Im Kern geht es heute wie früher darum, die gesellschaftlichen Probleme durch die richtige Balance von Solidarität und Freiheit, von Eigenverantwortung und Verantwortung des Sozialstaats zu lösen.
- Wir brauchen Regeln und Werte: Im Nachkriegsdeutschland sind die Grundprinzipien der christlichen Sozialethik in die soziale Marktwirtschaft eingegangen. (Die fünf Prinzipien der christlichen Sozialethik sind: Personalität, Gemeinwohlverpflichtung, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit.) Sie ist nie exklusiv als Wirtschaftsmodell gedacht gewesen, sondern zugleich als ein Gesellschaftsmodell. Die Soziale Marktwirtschaft bewegte sich stets in einem Spannungsverhältnis von persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit. Der Markt alleine schafft keine Solidarität. Es braucht verbindliche Regeln. Nur dann ist Wohlstand für alle möglich.
- Mehr noch: Über Regeln hinaus brauchen der Markt und unsere ganze Gesellschaft Werte, die uns Orientierung geben. Was wir heute tun (oder unterlassen), bestimmt nicht nur unsere eigenen Lebensverhältnisse, sondern die Zukunft unserer Kinder und deren Kinder. Unsere Verantwortung reicht viel weiter, als das jemals in der Menschheitsgeschichte der Fall war.

- Viele Politikbereiche stehen heute nicht mehr für sich allein, sondern müssen eng aufeinander abgestimmt werden. Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik müssen an einem Strang ziehen, Familien- und Bildungspolitik sind hochwirksame Formen präventiver Sozialpolitik.
- Die großen Herausforderungen der globalisierten Welt, des technologischen und des demografischen Wandels lassen sich dann bewältigen, wenn alle Strategien daran gemessen werden, ob sie die Würde des Individuums achten und seine Entfaltungsmöglichkeiten erweitern.
- Das Gemeinwohl ist letzten Endes nichts anderes als der verlässliche Schutzraum für Menschenwürde und Freiheit.
- Der Leitgedanke der christlichen Sozialethik ist der Vorrang des Gemeinwohls vor dem Einzelinteresse.
- Das rein ökonomische Denken stößt an seine Grenzen. Drei Dinge braucht es, damit eine Wirtschaft funktioniert: einen funktionierenden Markt, funktionierende Institutionen und eine Moral. Der Mensch funktioniert eben nicht allein nach den Gesetzen des Marktes. Er kann die Krise nur bewältigen, wenn er diese Gesetze gestaltet, statt sie bloß zu erfüllen. Dazu braucht es eine Vorstellung darüber, was gutes, erfülltes und gelingendes Leben ausmacht und wie soziale Gerechtigkeit erreicht werden kann.

Die Prinzipien der Katholischen Soziallehre:

- Das christliche Menschenbild und die Menschenwürde: Freiheit heißt: über eigene Interessen hinausschauen und einen objektiven Standpunkt einnehmen, also vernünftig denken und entscheiden können. Hätten wir diese Freiheit nicht, gäbe es im privaten Leben keine Versöhnung nach Streitigkeiten, in der Politik keinen ausgewogenen Kompromiss, im Sport keine Fairness und im Wirtschaftsleben keine funktionierende Tarifautonomie. Die Kehrseite der Freiheit ist die Verantwortung. Wer sich für eine dauerhafte Partnerschaft, für Kinder, für die Pflege von Angehörigen entscheidet, macht Gebrauch von seiner Freiheit, obwohl er sie paradoxerweise zu einem guten Teil einbüßt. Glück besteht eben nicht darin, alle Sorgen los zu sein, sondern im Einsatz für Werte, die man als richtig erkannt hat und die das Leben erst lebenswert machen. Das gilt auch in der Ökonomie. Grenzen werden unter anderem von der Menschenwürde und dem Gemeinwohl markiert. In Deutschland hat sich eine bedenkliche Mentalität eingebürgert, in großen und kleinen Notlagen zuerst nach „Vater Staat“ zu rufen, der es schon richten werde. Sie reicht bis in die Berufsplanung.

Denn es gibt in Deutschland viel weniger junge Menschen als etwa in Amerika, die gern Unternehmer werden möchten. Unternehmerisches Risiko gilt als gefährlich, Arbeitnehmerschaft als sicherer. Diese Mentalität tut uns nicht gut.

- Das Subsidiaritätsprinzip: Alles, was von den Menschen am Ort entschieden und umgesetzt werden kann, muss – um der Würde der Menschen willen – tatsächlich auch von ihnen entschieden und gemacht werden.
- Das Solidaritätsprinzip: Wo bislang Bürgerengagement sich seinen Platz oft mühsam erkämpfen musste, wird es in Zukunft unerlässlich sein. Allein die Finanzklemme der Städte und Gemeinden wird uns dazu zwingen. Engagementförderung wird zur Pflichtaufgabe.
„Liebe – Caritas – wird immer nötig sein, auch in der gerechtesten Gesellschaft. Es gibt keine gerechte Staatsordnung, die den Dienst der Liebe überflüssig machen könnte. Wer die Liebe abschaffen will, ist dabei, den Menschen als Menschen abzuschaffen. Immer wird es Leid geben, das Tröstung und Hilfe braucht. Immer wird es Einsamkeit geben. Immer wird es auch die Situationen materieller Not geben, in denen Hilfe im Sinn gelebter Nächstenliebe nötig ist“ (*Deus Caritas Est Nr. 28b*).

Soziale Marktwirtschaft

- Die Soziale Marktwirtschaft, wie wir sie heute kennen, ist schon während des Zweiten Weltkrieges konzipiert und dann 1948, noch vor der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, von Ludwig Erhard eingeführt worden.
- Der Markt muss gelenkt werden und die Gesellschaft übergeordnete sozialpolitische Ziele verfolgen, denen sich der Markt unterzuordnen hat.
- Was man gemeinhin Glück zu nennen pflegt, besteht nicht an erster Stelle im Empfang von Renten und sonstigen Geldzuwendungen, sondern darin, seine Fähigkeiten in Leistungen umsetzen zu können und sich selbst dadurch eigenverantwortlich zu verwirklichen.
- Es geht um die Balance zwischen Eigenverantwortung und Sozialstaatsverantwortung, zwischen individueller und institutioneller Ethik.
- Das zentrale Anliegen der Katholischen Soziallehre in der Periode seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil ist zugleich das am schwersten vermittelbare: weltweit Gerechtigkeit herzustellen zwischen armen und reichen Ländern.
- Solidarität bedeutet vor allem, dass sich alle für alle verantwortlich fühlen.
- In der gegenwärtigen Krise denken viele, jetzt müsse man zuerst an die eigenen Probleme (in Deutschland) und später vielleicht, wenn man es sich wieder leisten könne, auch an das Elend in der weiten Welt denken. Das ist grundfalsch. Es liegt sogar im Interesse Deutschlands, dass die Armen dieser Welt faire Entwicklungschancen bekommen. Gelingt das nicht, werden angesichts des weltweiten Rohstoffmangels, der interkulturellen Konflikte, des Klimawandels und der wachsenden Migration alle verlieren, auch wir. Gerechtigkeit kann deshalb nur noch global gedacht werden. Im Augenblick leiden die Ärmsten der Armen am meisten unter der weltweiten Wirtschaftskrise.
- Die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland ist nicht ohne die historische Erfahrung zweier Weltkriege und zweier Inflationen zu verstehen. Die Überlebenden der Kriege hatten neben persönlichem Leid, dem Verlust naher Angehöriger, der Zerstörung ihrer Wohnungen, Flucht und Vertreibung, gleich zweimal den wirtschaftlichen Ruin erlebt. Sie fürchteten, dies könne sich in der jungen Bundesrepublik leicht wiederholen, zumal sie anfangs ganz und gar auf das Wohlwollen der Siegermächte

angewiesen waren. Anfang der 1950er Jahre gab es kaum ein größeres Bedürfnis als das der sozialen Sicherheit. Ihre Kopplung an die Marktwirtschaft war keineswegs unumstritten. Viele trauten dem Markt nicht zu, für sozialen Ausgleich sorgen zu können. Erst als um 1955 Vollbeschäftigung erreicht war und 1957 die dynamische Altersrente eingeführt wurde, hat sich die Soziale Marktwirtschaft auch in den Köpfen durchgesetzt.

Mit dem Wirtschaftswunder konnte sich auch der Sozialstaat weiterentwickeln. Seine elementaren Grundlagen – die Renten-, Kranken- und Unfallversicherung – waren schon am Ende des 19. Jahrhunderts mit den Bismarck'schen Sozialgesetzen gelegt worden. Später, nach der Jahrhundertwende, wurden diese „Befriedungsgesetze“ zu einem echten Sozialversicherungssystem geformt.

Achtung: Starke Einflussnahme des Staates auf das wirtschaftliche Leben kann aber auch zu weniger Risikobereitschaft führen und auch dazu, das Gefühl für den Wert der Unabhängigkeit zu verlieren (und so die Grundlagen der Demokratie zerstören).

- Teilhabegerechtigkeit als Schlüsselbegriff: Solidarität ist der Stabilisator angesichts eines schwindelerregenden Wandels der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Aber es gibt eben auch die kleinen Risiken, für die jeder selbst Vorsorge treffen kann und soll.
- Anreize für Selbstverantwortung: Es geht um eine neue Mentalität. Menschen müssen zuerst die Erfahrung machen, dass es in unserer Gesellschaft im Großen und Ganzen fair zugeht. In einer „Ellenbogengesellschaft“ wird der Appell, mehr für sich selbst zu sorgen, nicht verfangen. Die Maßlosigkeit Einzelner ist Gift für ein Klima der Subsidiarität und des Gemeinnsinns.
Zugleich müssen Menschen erfahren, dass eigene Leistungen sie auch tatsächlich weiterbringen. Das kann schon im Kindergarten und in der Schule anfangen, wenn Erzieher/-innen und Lehrkräfte Talente entdecken und fördern, wenn sie Zeit mitbringen für das einzelne Kind und seine individuelle Förderung. Es darf auch schon frühzeitig Wettbewerb geben.
- Die zentrale Botschaft muss lauten: *Du kannst etwas aus dir machen!* Und: *Wer etwas leistet, wird dafür auch belohnt!* Dazu brauchen wir allerdings Pädagogen, die davon überzeugt sind, dass jedes Kind seine speziellen Potenziale hat und dass sie diese auch zur Entfaltung bringen können.
- Ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland ist ehrenamtlich engagiert, beispielsweise in der Kirchengemeinde, in einer sozialen Einrichtung oder bei der freiwilligen Feuerwehr. Das sind 23 Millionen Menschen. Ein weiteres

Drittel ist grundsätzlich zu freiwilligem Engagement bereit. Deshalb muss die Politik die Rahmenbedingungen für das Engagement im Sinne einer Kultur der Anerkennung neu ausgestalten.

- Städte und Gemeinden können sich manches ausdenken, um ihren Bürgern zu vermitteln, dass Engagement eine Grundvoraussetzung für ein lebendiges und humanes Gemeinwesen. Vertrauen zwischen Mandatsträgern, Verwaltungen und Bürgerinitiativen muss wachsen, selbst wenn die Interessen sich auf den ersten Blick diametral entgegenstehen.
- Wir haben der Sozialen Marktwirtschaft als ethisch fundierter Wirtschaftsform viel zu verdanken: Sie hat zum sozialen Frieden, zum sozialen Ausgleich, zur sozialen Sicherung und damit letztlich zu dauerhaftem wirtschaftlichem Aufschwung in unserem Land beigetragen.
- Die Marktwirtschaft fußt auf der faszinierenden Idee, dass die Beseitigung des Mangels am besten unter den Bedingungen des freien Wettbewerbs gelingt. Deshalb ist die Entscheidung für den Markt – und das wird in Diskussionen häufig übersehen – selbst eine ethische Option. Ihr liegt die Überzeugung zugrunde, dass Gesellschaften alles dafür tun sollten, jedem sein gutes Auskommen und die notwendigen Ressourcen für ein menschenwürdiges Dasein zu garantieren. Ludwig Erhard ist sogar noch weitergegangen. Ziel allen Wirtschaftens sei der „Wohlstand für alle“.
- Denn Wettbewerb, solange er denn fairen Regeln obliegt und es nicht zu übermäßigen Machtkonzentrationen kommt, regt Innovationen und einen effizienten Umgang mit Ressourcen an. Die Marktwirtschaft hat sich als das einzige System erwiesen, das die Versorgung mit hochwertigen Gütern zu günstigen Preisen ermöglicht und zugleich einen Mehrwert für den sozialen Ausgleich zwischen Reichen und Ärmern schaffen kann.
- Wenn man das in der Gesellschaft schlummernde Potenzial wecken und zum Wohle aller nutzen will, dann geht das nur über den Wettbewerb.
- Eine funktionsfähige Wirtschaft, in der dem Wettbewerb und den Unternehmen eine zentrale Rolle zukommt, gehört zu den Bedingungen menschenwürdigen Lebens. Der moralische Gesichtspunkt des Wettbewerbs liegt in der Beteiligungsgerechtigkeit und in der Integrationsfähigkeit, die alle Gesellschaftsmitglieder – die starken und die schwachen – auch tatsächlich berücksichtigt.
- Wo sonst im Leben Solidarität mit den Schwächeren gefordert ist, erweist sie sich im Wettbewerb geradezu als kontraproduktiv. Mitleid, Rücksicht-

nahme auf Mitkonkurrenten, Zurückstecken der eigenen Interessen haben augenscheinlich keinen oder zumindest keinen hervorgehobenen Platz. Marktwirtschaftliches Denken und christliches Ethos sind scheinbar Gegensätze. Sie müssen – nicht zuletzt durch einen intensiveren Dialog zwischen Kirche und Wirtschaft – miteinander versöhnt werden. Genau das ist die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft: Die positiven Kräfte des Marktes fördern, zugleich den Schutz der sozial Schwächeren garantieren und dazu Rahmenbedingungen für einen fairen Ausgleich schaffen. Deshalb muss das freie Spiel der Kräfte reguliert werden.

- Um sich die Dinge klarzumachen, ist ein Vergleich mit dem Sport ganz gut geeignet: Es braucht möglichst klare Spielregeln, die alle verstehen und die auch zuverlässig durchgesetzt werden, damit sich dann auf dem Platz ein faires und dynamisches Spiel entwickeln kann. Der Markt, das ist das Spiel, in dem sich die Kräfte der Beteiligten möglichst frei entfalten sollen. Die Politik hat die Aufgabe, für ein vernünftiges Regelwerk zu sorgen und dafür, dass die Regeln auch tatsächlich eingehalten werden. Andererseits sollte der Staat als Schiedsrichter nicht beständig das Spiel unterbrechen und jeden Einzelfall regeln, sonst kommt kein Spielfluss zustande.
- Mit den Regeln ist die eine Basis für ethisches Handeln in Unternehmen gelegt. Regeln dienen ganz nüchtern dazu, dass nicht der Skrupelloseste am Ende die Nase vorn hat. Betrug, Korruption, Übervorteilung, Kundentäuschung, Insidergeschäfte, Ausbeutung und Ausspähung von Arbeitnehmern müssen sanktioniert werden.
- Auch im Wirtschaftsleben muss jeder Mensch die Chance haben, sich seinen individuellen Fähigkeiten, Neigungen und Anstrengungen entsprechend zu beteiligen. Niemand darf auf Dauer ausgeschlossen werden. Auch die Wirtschaft muss dem Wohl der Person zugeordnet sein. Beteiligungsgerechtigkeit bedeutet deshalb, dass die weniger starken Marktteilnehmer faire Chancen erhalten und dass nachhaltig zugunsten zukünftiger Generationen gewirtschaftet wird. Beides ist nicht nur eine staatliche, sondern auch eine unternehmerische Aufgabe.
- Unternehmerische Entscheidungen werden von Menschen und für Menschen getroffen. Deshalb gehört zum Unternehmertum soziale Verantwortung, Vertrauen, Sorge für andere. Unternehmen sollten sich durch klare Zuständigkeiten, Delegation von Verantwortung sowie Transparenz der Entscheidungen auszeichnen. Das ZdK plädiert für eine umfassende Kultur der Beteiligung in Unternehmen. Zu einer zukunftsfähigen Betriebsverfassung gehöre auch eine effektiv gestaltete Mitbestimmung. Ziel ist eine Gesellschaft von Teilhabern, die aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern Partner

macht.

- Zu dieser Unternehmenskultur gehört es auch, dass Vorgesetzte und Mitarbeiter den ständigen Dialog miteinander pflegen. Dabei muss es erlaubt sein, dass Mitarbeiter in aller Loyalität zu ihrem Arbeitgeber auch Kritik äußern und somit dazu beitragen, dass Fehler und Verluste vermieden werden können.
- Unternehmer sollten von sich aus ein Interesse an wertorientiertem Handeln haben. Denn nachhaltige Unternehmenserfolge setzen voraus, dass sich die Unternehmensstrategie an einer eher langfristigen Perspektive, Verantwortungsübernahme, guter Reputation, Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit orientiert.
- Das Personalitätsprinzip verlangt, vor aller Rentabilitätsüberlegung die Würde des einzelnen Mitarbeiters in Betracht zu ziehen: Die Schaffung und der Erhalt von Arbeitsplätzen ist eine wichtige Aufgabe.
- Es geht nicht ohne Ethik! Gerade in Zeiten, in denen sich schlechte Nachrichten gegenseitig überbieten und die Menschen zunehmend das Gefühl haben, der Eigendynamik einer entfesselten Wirtschaft ausgeliefert zu sein, sind die „gegenläufigen Bewegungen“ umso wichtiger. Wenn wir aus der aktuellen Wirtschaftskrise gestärkt herauskommen wollen, dann auf der Grundlage einer Mentalität, die gesunden Egoismus, Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung mit der Orientierung am Gemeinwohl, nachhaltigem Denken und bescheideneren Ansprüchen verbindet, als sie in den letzten Jahren üblich waren. Nicht Wachstum um jeden Preis, sondern die nachhaltige Perspektive ist die Devise moderner Unternehmensethik. Kluge Unternehmer haben allerdings immer schon so gedacht.
- Entscheidungsträger in Wirtschaft und Verwaltung, Politik und Medien müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie nicht nur sich selbst, ihren Mitarbeitern und deren Familien gegenüber Verantwortung tragen, sondern dass sie unsere Gesellschaft prägen. Viel spricht dafür, dass die moralische Sensibilität der Menschen sinkt, wenn die Eliten sich ihrerseits moralisch unsensibel zeigen. Dieser Vorbildfunktion können sich Unternehmen nicht entziehen. Sie sind kein „Staat im Staate“, sondern stehen für Werte, die eine ganze Gesellschaft prägen.
- Mitarbeiter, die es im Alltag, in der Politik, in der Freizeit gewohnt sind, mitzureden und sich zu beteiligen, werden sich sehr viel positiver am Arbeitsplatz engagieren, wenn sie dort gleiche Möglichkeiten und gleiche Transparenz finden.

Globalisierung und Verantwortung

- Die Wirtschafts- und Finanzkrise hält uns weiter in Atem. Es spricht vieles dafür, dass es neben besserer Finanzaufsicht und solideren Haftungsregelungen auch einen Wandel in der Mentalität der Akteure braucht: Mehr Verantwortungsbewusstsein, mehr Bescheidenheit und weniger Gewinnmaximierung um jeden Preis, mehr Sinn für sozialen Ausgleich. Das sind Tugenden, die das Modell der Sozialen Marktwirtschaft erfolgreich gemacht haben. Sie sollten bei der Entwicklung einer neuen weltweiten Finanzarchitektur eine gewichtige Rolle spielen.
- Wir müssen uns fragen: Welche Rahmenbedingungen sind für die internationalen Finanzmärkte notwendig und was kann getan werden, damit möglichst viele Menschen und Staaten die Vorteile der weltweiten Arbeitsteilung und der internationalen Finanzmärkte nutzen können? Wie können Regeln aussehen, die verhindern, dass immer wieder die ärmsten Menschen in den ärmsten Ländern der Welt Hauptleidtragende von Finanzmarktkrisen sind? Wie können Regeln durchgesetzt werden, die die Effizienz freier Kapitalströme nutzbar machen und Gerechtigkeit weltweit fördern?
- Selten hat eine Krise wie die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise derart drastisch deutlich gemacht, wohin es führt, wenn der alleinige Zweck des Einsatzes von Geld in seiner maximalen Vermehrung gesehen wird und nicht in seiner Funktion als Dienst an den Menschen.
- „Die Marktwirtschaft lebt, wie ein freiheitlicher Staat, von Tugenden und Verantwortungsbereitschaft, die sie nicht selbst garantieren kann. Die Finanzbranche braucht eine Kultur, die Freiheit immer auch mit Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet“ (Köhler 2009).
- Das kapitalkonzentrierte Wirtschaften der letzten 25 Jahre hat für die ärmeren Regionen der Welt fatale Folgen gehabt, die in den reichen Ländern gern übersehen werden. Je mehr Reichtum hier angehäuft wurde, umso drastischer ist auch die Armut in den unterentwickelten Ländern geworden.
- Die Mittel sind vorhanden, um ein menschenwürdiges Dasein überall auf der Erde zu ermöglichen und zugleich Lebensgrundlage für die zukünftigen Generationen zu schaffen. Was wir brauchen, ist der Wille, sie zum Nutzen der Armen von heute einzusetzen, und das heißt, Mittel umzuverteilen (*Anmerkung Kolb: d.h. nicht nur von Europa nach Afrika, sondern z.B. im*

Senegal auch von nationaler auf dezentrale Ebene).

- Besondere Verantwortung liegt bei deutschen Unternehmen, die im Ausland tätig sind. In den meisten Entwicklungsländern sind die ethischen Mindeststandards bei der Beschäftigung, im Umwelt- und Gesundheitsschutz niedrig, oft fehlen sie ganz. Es liegt an den Unternehmen, diese Situation nicht auszunutzen, sondern sich zu soliden Standards zu verpflichten und so mit gutem Beispiel voranzugehen. Dies ist durchaus auch von betriebswirtschaftlichem Interesse. Sofern ethische Mindeststandards in bestimmten Ländern gesetzlich nicht vorgeschrieben sind, machen sich Unternehmer durch Unterlassen zwar nicht strafbar. Menschenunwürdige Arbeitsbedingungen, Umweltskandale und ähnliche Vorfälle bleiben aber nicht verborgen und schaden dem Ruf eines Unternehmens.
- Kreditzugang für Arme durch Mikrofinanzbanken: Mikrofinanzkredite geben den bisher vom Geldmarkt ausgegrenzten Armen die Chance zum Einsatz ihrer eigenen Potenziale und bieten damit einen Schlüssel zur Teilhabe. Die Vergabe von Klein- und Kleinstkrediten, besonders an Frauen, ist nachweislich ein wirksames Instrument nachhaltiger armenorientierter Entwicklungshilfe.

Arbeit und Menschenwürde

- In der jüngsten Sozialzyklika *Caritas in Veritate* (2009) hat Benedikt XVI. diese abstrakte Formel von der „Würde der Arbeit“ zu einem Katalog ethischer Standards ausgearbeitet. Danach muss Arbeit reichen, um die existentiellen Grundbedürfnisse der Familie zu befriedigen. Dazu gehören auch die Schulbildung der Kinder und das Verbot der Kinderarbeit. Arbeitnehmer müssen sich organisieren können. Arbeit muss so entlohnt werden, dass ausreichend Vorsorge für das Alter getroffen werden kann. Arbeit muss Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, sie muss frei gewählt sein und die „wesenseigene Würde jedes Mannes und jeder Frau“ beachten (vgl. CiV Nr. 63).
- Arbeit muss deshalb auf allen Ebenen human gestaltet sein und zu unserer Kultur passen. Arbeitnehmer brauchen Handlungs- und Entscheidungsspielräume, um ein Gefühl der Verantwortung für ihre Tätigkeit entwickeln zu können.
- Arbeitsregelungen und alte Tugenden werden heute ergänzt durch Kreativität, Flexibilität, Einsatzbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein. Viele hergebrachte und liebgewordene Restriktionen passen nicht mehr in die

neue Arbeitswelt. Flexibilisierung ist das Gebot der Zeit. Wenn Mitarbeiter Beruf und Familie gut „unter einen Hut“ bringen können, wenn sie flexible Rahmenbedingungen vorfinden, schlägt sich das auch in Zufriedenheit und Leistungsbereitschaft nieder.

- In Deutschland haben wir noch immer folgendes Problem: Wenn die Kinder uns am meisten brauchen, arbeiten wir und haben keine Zeit für die Familie. Wenn die familiären Verpflichtungen abnehmen und wir eigentlich mehr Zeit für den Beruf hätten, zählen wir schon zum alten Eisen. Das Problem der Humanisierung der Arbeitswelt dreht sich heute vornehmlich um die Frage, wie es gelingen kann, dieses alte Schema aufzulösen.
- Leitmotiv der Soziallehre ist der gerechte Lohn. Von einem „schreienden Unrecht“ hat die erste Sozialzyklika, *Rerum Novarum* (1891), gesprochen, wenn er dem Arbeiter vorenthalten werde. Das war sozusagen das Fanal, mit dem die -Soziallehre auf den Plan getreten ist.
- Dabei ist es mit dem „gerechten Lohn“ ähnlich wie mit der „Würde der Arbeit“: Die Ethik macht keine Aussagen zur Lohnbildung und äußert sich nicht zu der Frage, ob Manager in Unternehmen billigerweise das 25fache oder gar das 100fache des „einfachen“ Arbeitnehmers verdienen sollten. Sie weist darauf hin, dass Löhne und Gehälter eine moralische Dimension haben. Es geht nämlich um den Zusammenhalt der Gesellschaft, der trotz ungleicher Einkommensverteilung nicht gefährdet werden darf. Wo das rechte Maß ist, darüber lässt sich sicher endlos streiten, nicht aber darüber, dass ein für alle Beteiligten einsichtiges Maß gefunden werden muss.
- Bei all dem muss das Prekariat – als neuer Name für alle, die unmittelbar von Armut bedroht sind – ernst genommen werden. Es hat nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine menschliche Seite. Die Betroffenen bewegen sich in einer Spirale nach unten: Wenn sich aus der Arbeit keine Existenz sichernde Entlohnung ergibt, fallen sie zugleich aus den herkömmlichen sozialen Netzen heraus. Arbeitnehmerrechte werden vorenthalten. Sie verlieren die gesellschaftliche Anerkennung für die geleistete Arbeit. Ihre Arbeit schafft nicht Sinn, wie es eigentlich sein sollte, sondern ist mit dem Makel des dauernden Vorbehalts behaftet. Sie trauen sich selbst nichts mehr zu und stehen für immer weniger qualifizierte und immer stärker bedrohte Arbeit zur Verfügung – ein Teufelskreis.

Bildung als präventive Sozialpolitik

- Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 schreibt in Art. 26

nicht nur die unentgeltliche Grundbildung und die allgemeine Verfügbarkeit von Fach-, Berufsschul- und Hochschulunterricht fest, sondern auch persönlichkeitsorientierte und demokratieförderliche Bildungsziele: „Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und auf die Stärkung der Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten gerichtet sein. Sie muss zu Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen und religiösen Gruppen beitragen.“

- Der Zugang zu Bildung ist ein zentrales Problem sozialer Gerechtigkeit, letztlich ein Problem der Menschenwürde. Denn der Sozialstaat mag sehr wohl mit der Aufgabe überfordert sein, gleiche Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. Der Verpflichtung, gleiche Bildungschancen zu garantieren, kann er sich jedoch nur um den Preis der Selbstaufgabe entziehen. Sie sind die Voraussetzung für die solidarische Leistungsgesellschaft.
- Bildungsinvestitionen zahlen sich doppelt aus, im ökonomischen ebenso wie im gesellschaftlichen System. Demokratie lebt von einem stabilen Arbeitsmarkt ebenso wie von gebildeter Bürgerschaft. Die Menschenrechte selbst sind ein zentrales Lernthema: Toleranz, Achtung des Schwächeren, Empathie, Solidarität und Kompromissfähigkeit sind keine angeborenen, sondern erlernte demokratische Tugenden.
- Allerdings ist Bildung kein Produkt im landläufigen Sinne. Sie kann weder verordnet noch hergestellt werden, sondern ist immer Selbst-Bildung. Letztlich muss sich jeder selbst anstrengen. Von Erziehern und Lehrern wird sie allenfalls angeregt und begünstigt. Zur ernsthaften Debatte gehört es deshalb auch, über Lern- und Bildungsverweigerung nachzudenken. Unsere Gesellschaft ist durchaus nicht nur bildungsfreundlich, sie ist oft genug auch gedankenlos, wenn es um die Rahmenbedingungen für gute Bildung geht. Das fängt bei lieblos gestalteten Klassenzimmern und Schulhöfen an und reicht bis zur medialen Überreizung, denen schon Kleinkinder ausgesetzt werden. Hier, und nicht erst bei den großen Systemdebatten, fängt die Bildungsreform an. Ihre Schlüsselfrage lautet: Wie sieht ein förderliches Bildungs-Umfeld aus, in dem (junge) Menschen sich nicht langweilen, sondern mit Energie und Neugier ihr Lernpotenzial ausschöpfen?
- Wenn soziale Risiken nicht nur abgedeckt, sondern nach Möglichkeit vorausschauend vermieden werden sollen, dann steht die Bildungspolitik im Mittelpunkt der Sozialpolitik. Ihr Credo lautet: Kluge Vorsorge hilft teure Nachsorge vermeiden. Denn Bildung ermöglicht auf lange Sicht Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben. Wer hier den Anschluss verpasst, wird sich in allen Lebensbereichen schwer tun, nicht nur auf dem

Arbeitsmarkt, sondern auch bei der Kindererziehung, im kulturellen Leben und sogar in Gesundheitsfragen, im Umweltverhalten und bei der gesunden Ernährung.

- Jede Bildungslaufbahn beginnt im Elternhaus. Der Einfluss der Eltern auf die kindliche Entwicklung kann kaum überschätzt werden. Familie und Freunde prägen die Bildungskarriere stärker als alle Institutionen. Die Reformdiskussion darf sich deshalb nicht darauf beschränken, Defizite der Erziehung im Elternhaus durch verbesserte schulische Angebote ausgleichen zu wollen, so wichtig das sein mag.
- Zusammenfassend geht es um ein Bildungsverständnis, das über die engen Anforderungen des Arbeitsmarktes hinausweist. Ganzheitliche Bildung bezieht sich nicht allein auf technisches Wissen, sondern schließt auch Lebenswissen, Ethik und Religion mit ein. Nur dann kann sie den Menschen Orientierungs- und Handlungsfähigkeit in einer hochkomplexen Welt geben (vgl. ZdK 2007).
- „Es braucht ein ganzes Dorf, um ein Kind großzuziehen.“ (afrikanisches Sprichwort)